

Wohnungserhalt stärken – Wohnungslosigkeit überwinden

Diakonie fordert Ausbau von "Housing First"-Angeboten

Nürnberg, 16.11.2023 Über eine bundesweite Gesamtstrategie zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit haben heute in einer Hybridveranstaltung in Nürnberg mehr als 170 Expertinnen und Experten aus Diakonie, Politik, Wissenschaft, Kommunen und Verbänden diskutiert. In einer Erklärung fordert die Diakonie unter anderem, „Housing First“ als zusätzliches staatliches Hilfsprogramm zu stärken. Das Modell basiert auf dem Grundgedanken des „Wohnens als Menschenrecht“ und möchte Betroffenen den Zugang Wohnraum ohne Bedingungen ermöglichen.

Das bereits in den 90er Jahren entwickelte Konzept „Housing First“ fußt auf klaren Grundprinzipien. Es möchte von Wohnungslosigkeit Betroffenen Wohnraum zur Verfügung stellen, ohne dies an Voraussetzungen zu knüpfen. Der „Housing First“-Ansatz setzt mit der Kombination von Wohnraumakquise und (freiwillig nutzbaren) sozialarbeiterischen Angeboten unmittelbar an dem dringendsten Bedarf von wohnungslosen Menschen an – der Bereitstellung einer eigenen Wohnung. „Die Ursachen für den Verlust eine Wohnung sind vielfältig – sie sind aber kaum lösbar, wenn die Vergabe von Wohnraum von der vorherigen Lösung individueller Probleme abhängig gemacht wird“, erklärt Andreas Kurz vom Fachverband Evangelische Wohnungsnotfallhilfe und Straffälligenhilfe. Daher sei ein breiter Lösungsansatz notwendig, der auch die Bereitstellung von genügend Wohnraum für das „Housing First“-Konzept beinhaltet. Ohne Haus – keine „Housing First“.

„Housing First“ wird bereits jetzt an einigen Standorten durch Träger der Diakonie in Bayern umgesetzt – zum Beispiel in München („Lebensplätze für Frauen in München“) und in Würzburg („NOAH“). Begleitet werden diese und andere Modellprojekte durch die Georg-Simon-Ohm-Hochschule in Nürnberg; finanziert werden sie durch kommunale, staatliche, Bundes- oder EU-Mittel. Das Bayerische Staatsministerium für Bauen, Wohnen und Verkehr hat bereits im Herbst 2022 eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben, um zu überprüfen, ob „Housing First“-Projekte in die staatliche Regelfinanzierung übernommen werden können.

Zwar sei „Housing First“ kein Allheilmittel, betont die zuständige Diakonievorständin Sandra Schuhmann. „Es ist aber ein sinnvoller und erprobter Ansatz innerhalb des Hilfesystems“. Wohnungslosigkeit sei vermeidbar und ein lösbares Problem – „wenn alle beteiligten Akteure an einem Strang ziehen.“

Ausdrücklich begrüßten die Diakonie-Expertinnen und -Experten, dass dem neuen Koalitionsvertrag der Bayerischen Staatsregierung zufolge der Aktionsplan „Hilfe bei Obdachlosigkeit“ weiter ausgebaut und durch die Stiftung Obdachlosenhilfe innovative Projekte weiterhin gefördert werden sollen. Allerdings, so Diakonievorständin Schuhmann: „Bei den genannten neuen Impulsen beim Wohnungsbau und bei der Wohnbauförderung kommt es nun auf die Umsetzung des angekündigten bayerischen Baukonjunkturprogramms an. Die Politik muss sich am Erfolg einer wirksamen Sozialpolitik und besonders einer sozialen Wohnungspolitik mit mehr öffentlich gefördertem Wohnraum und einer Neuausrichtung der Bestandspolitik messen lassen. Nur so kann der Zugang zu Wohnraum für alle wohnungslosen Menschen verbessert und Wohnungslosigkeit bis 2030 überwunden werden.“

Die von der Diakonie Bayern und dem Fachverband Evangelische Wohnungsnotfallhilfe und Straffälligenhilfe vorgelegte **Position „‘Housing First‘ als Ansatz zur Versorgung wohnungsloser Menschen – ein Baustein im Gesamthilfesystem“** finden Sie auch im Netz unter www.fews-bayern.de